

2111/AB XX.GP

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2134/J der Abgeordneten Andreas Wabl und Genossen vom 1. 2. März 1997, betreffend Anhebung des Vorsteuerpauschales für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Das Bundesministerium für Finanzen ist schon seit längerem mit der Forderung nach Erhöhung des pauschalen Vorsteuersatzes von derzeit 10%o auf etwa 12% konfrontiert. Nach den Preissenkungen für agrarische Produkte infolge des EU-Beitritts wurden interne Kalkulationen angestellt, wonach die derzeitige Vorsteuer-Umsatz-Relation im Durchschnitt über dem Pauschalierungssatz von 10% liegt. Der Differenzbetrag liegt nach diesen Berechnungen jedoch deutlich unter 1 Mrd. S.

Zu 2. :

Der Sinn einer Pauschalierung liegt in der Vereinfachung sowohl für Steuerpflichtige als auch für die Finanzverwaltung, jedoch nicht in der Schaffung einer allgemeinen steuerlichen Begünstigung. Es ist daher zweckmäßig, einen derartigen Pauschalierungssatz in Höhe des für den betreffenden Bereich bzw. seine Produkte hauptsächlich anzuwendenden Steuersatzes, das sind in diesem Fall 10%, festzulegen. Dies war auch das hauptsächlichste Motiv für die Erhöhung des Pauschalsatzes für die Weinbauern auf 12%, weil auch der Umsatzsteuersatz für ab Hof Verkäufe von Wein im Zuge des EU-Beitritts auf 12% angehoben werden mußte. Ein höheres Pauschale als der allgemein anzuwendende Steuersatz impliziert unterschiedlich hohe Vorsteuerabzüge in der Nachstufe bzw. eine höhere Umsatzsteuerbelastung des Endverbrauchers bei Direktkäufen von pauschalierten Landwirten, es sei denn, die Differenz würde aufgrund spezieller Umsatzsteuererklärungen seitens der

Land- und Forstwirte von der Finanzverwaltung direkt an sie ausbezahlt, womit allerdings ein Großteil des Vereinfachungseffektes der Pauschalierung wegfiel.

Es ist es keineswegs selbstverständlich, daß Pauschalierungssätze in der Nähe des Durchschnittssatzes oder sogar darüber festgelegt werden. Eine solche Vorgangsweise ließe sich nur dann als notwendig argumentieren, wenn dem Steuerpflichtigen keine Option offenstünde, d.h. im Falle einer Pflichtpauschalierung. Da jedoch eine Option auf die Besteuerung mit daraus folgender vollständiger Abzugsmöglichkeit der tatsächlichen Vorsteuer besteht, bedeutet die Anwendung eines Durchschnittssatzes für die Pauschalierung, daß entweder der überwiegende Teil der Land- und Forstwirte (wenn die Vorsteuer nicht signifikant mit der Größe korreliert) bzw. die großen Landwirte (falls die Vorsteuern relativ mit dem Umsatz abnehmen) durch die Pauschalierung ungerechtfertigt begünstigt wären. Es ist davon auszugehen, daß selbst beim derzeitigen Pauschalierungssatz für deutlich mehr als die Hälfte der Betroffenen die Pauschalierung günstiger als der Abzug der tatsächlichen Vorsteuer ist. In anderen Fällen besteht ohnedies die Möglichkeit, für die Umsatzbesteuerung zu optieren und somit tatsächliche höhere Vorsteuern geltend zu machen.

Schließlich ist zu bemerken, daß die EU-Mitgliedstaaten die Pauschalierungssätze nicht autonom festlegen können, sondern daß Änderungen der Kommission anzuzeigen und zu begründen sind. Da für die Begründung die Relationen der jeweils letzten drei Jahre heranzuziehen sind, wäre es derzeit wahrscheinlich schon deshalb nicht möglich, einen Pauschalierungssatz von deutlich über 10% durchzusetzen,

Aus all den genannten Gründen ist derzeit keine Anhebung des Vorsteuerpauschales vorgesehen.